

Zuspitzung von Armutslagen – Folgen der Energiekrise und der Inflation

ANLAGENBERICHT

zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung
in Niedersachsen 2023

LAG·FW



Freie Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

IMPRESSUM

Herausgeber:	Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V. (LAG FW)
Layout:	Marion Lustig
Druck:	FLYERALARM GmbH
Fachlich verantwortlich:	Fachausschuss Soziale Dienste der LAG FW Katharina Garves, Arbeiterwohlfahrt (AWO) Ansgar Bensmann, Caritasverband (Vorsitzender) (CV) Andrea Malonnek, Deutsches Rotes Kreuz (DRK) Birgit Wellhausen, Diakonisches Werk (stellvertretende Vorsitzende) (DW) Stefanie Akwa, Paritätischer Niedersachsen (PN)
Recherchen, Interviews, Textbausteine:	Peter Nagel, Hildesheim
Titelblatt:	HSBN Niedersachsen 2023 (Statistikteil)
Hannover:	09/2023

INHALT

1.	Hinführung	4
1.1	Zum Aufbau des Berichts	4
1.2	Zu den Interviews	5
2.	Was uns als Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege bewegt	6
3.	Lebensgeschichten und Herausforderungen	7
3.1	Interviews mit Betroffenen	7
3.2	Interviews mit Berater*innen	10
4.	Beispiele aus der Praxis der Freien Wohlfahrtspflege	12
4.1	Kultursensible Altenhilfe (Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Weser-Ems e. V.)	12
4.2	Stromsparcheck: Raus aus der Energiefalle (Caritas Arbeits- und Dienstleistungsgesellschaft Osnabrück)	13
4.3	Eberts Hof des DRK Wolfenbüttel – Secondhandboutique und Tafel (DRK-inklusivo Wolfenbüttel gGmbH)	14
4.4	Mittagsstunde (Diakonisches Werk Friesland – Wilhelmshaven e. V.)	15
4.5	Wir im Süden (Paritätischer Wohlfahrtsverband - Kreisverband Hameln-Pyrmont)	16
5.	Damit Menschen Perspektiven bekommen – Handlungsbedarfe und Forderungen	17
6.	Leitfaden	20
6.1	Für Gespräche mit Betroffenen	20
6.1	Für Gespräche mit Mitarbeiter*innen	21

1. Hinführung

1.1 Zum Aufbau des Berichts

Jährlich liefert die Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen (HSBN) statistische Daten zur Armutsentwicklung in Niedersachsen. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) in Niedersachsen betrachtet hierzu ergänzend in einem Anlagenbericht einen Aspekt der Armutsentwicklung genauer und formuliert auf dieser Grundlage Empfehlungen für die Landespolitik.

Dieses Jahr liegt der Schwerpunkt des Berichts der LAG FW **auf der Zuspitzung von Armutslagen durch die Folgen der Energiekrise und der Inflation**. Hierzu wurden sechs Personengruppen identifiziert, die aufgrund der Erfahrungen in den Angeboten und Diensten der Wohlfahrtspflege besonders von den aktuellen Entwicklungen betroffen sind. Dies sind: Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Bezieher*innen von Bürgergeld, Pflegenden Angehörige und Senior*innen.

Als Schwerpunkt wird in diesem Jahr die **Situation aus der unmittelbaren Sicht der Betroffenen** betrachtet und dargestellt. Denn sie sind die Expert*innen ihrer Lebenslage. Entsprechend wurden **Interviews** mit Betroffenen geführt und Mitarbeiter*innen aufgefordert, möglichst aus dem Blickwinkel der Betroffenen Eindrücke zu schildern. Berücksichtigung fanden so **zehn Lebensgeschichten und fünf Interviews** mit Mitarbeiter*innen. Auf dieser Grundlage kommen verschiedene Lebenssituationen mit den bisherigen und aktuellen Herausforderungen zur Sprache.

Weiter enthält der Bericht **Praxisbeispiele**, in denen Einrichtungen oder Projekte vorgestellt werden, welche für die Betroffenen eine Unterstützung vor Ort anbieten und somit ihren Beitrag zu einer Verbesserung der aktuellen Lebenssituation dieser Menschen angesichts der Preissteigerungen leisten.

Daran schließen sich die **Handlungsbedarfe und Forderungen** an die Landespolitik und weitere Akteur*innen an. Die Grundlage dafür bilden Hinweise, die in den Interviews genannt wurden.

Den Abschluss des Berichts bildet ein **Leitfaden für Gespräche**, der in der Praxis verwendet werden kann. Die Fragen und ihre Struktur entsprechen zwar grundsätzlich dem Leitfaden für die Interviews, sind aber nicht deckungsgleich.

1.2 Zu den Interviews

Die Interviews mit Betroffenen und Mitarbeiter*innen wurden an **sechs** verschiedenen **Orten in Niedersachsen** durchgeführt. Dazu gehörten sowohl ländlich geprägte Räume als auch Mittelstädte und kleinere Großstädte in allen Regionen Niedersachsens.

Für die einstündigen Interviews wurden **Gesprächsleitfäden** entwickelt. Der Leitfaden für Betroffene enthielt zunächst eher allgemein gehaltene Fragen wie beispielsweise zur familiären Situation, zur Wohnsituation oder zum derzeitigen Lebensunterhalt. Im weiteren Verlauf der Interviews gab es vertiefende Fragen zu den Erfahrungen und dem Umgang mit den deutlich gestiegenen Preisen. Weiterhin wurden die Betroffenen gefragt, welche Unterstützungen oder Angebote sie im Umgang mit den erhöhten Kosten als hilfreich erleben bzw. welche weiteren Hilfen notwendig wären. In den Interviews mit Mitarbeiter*innen von sozialen Beratungsstellen ging es zum einen um konkrete Fallschilderungen von betroffenen Klient*innen. Zum anderen beinhaltete der Gesprächsleitfaden Fragen zu notwendigen Angeboten zur Armutsprävention. Ebenfalls wurden die Berater*innen zu hilfreichen Veränderungen etwa hinsichtlich der gesetzlichen Grundlagen befragt. Die Interviews wurden im Zeitraum von **Mitte März bis Ende April 2023** durchgeführt.

Das gesamte Interviewmaterial wurde ausgewertet und bildet die Grundlage für die Darstellung der Lebensgeschichten in Kapitel 3. Zentrale Aussagen der Interviewten werden im Bericht wörtlich zitiert.¹ Daraus wurden thematische Handlungsfelder sowie Herausforderungen abgeleitet.

Da diese Interviews eine Form der qualitativen Forschung darstellen, können die Aussagen nicht in statistische Häufigkeiten übertragen werden. Vielmehr geht es darum, die Lebenssituationen von Menschen, die durch die Preissteigerungen besonders gefordert sind, möglichst greifbar darzustellen und den Betroffenen eine Stimme zu geben. Bei der Beschreibung werden teilweise Verallgemeinerungen formuliert. Grundlage dafür sind auch die Interviews mit Mitarbeitenden, die nicht nur von einzelnen Familien oder Personen konkret berichtet haben, sondern ihre mehrjährigen und umfassenden Beratungserfahrungen eingebracht haben.

¹ Die Personen in den Fallgeschichten sowie die interviewten Mitarbeiter*innen erhalten in der Textdarstellung einen fiktiven Namen.

2.2. Was uns als Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege bewegt

Wir erleben Menschen im mehrfachen Krisenmodus.

Die aktuelle Krise mit den erhöhten Energiekosten und der Inflation ist für viele Menschen nicht die erste und einzige Krise in ihrem Leben der vergangenen Jahre. Sie waren gerade dabei, sich von den Folgen der Coronapandemie zu erholen und schon „rollte die nächste Krise auf sie zu“. Andere Herausforderungen wie der Klimawandel sind noch nicht mit ausreichenden Maßnahmen angegangen worden.

Wir erleben Menschen in fortgesetzter Armut.

Die erhöhten Energiekosten und die gestiegene Inflation treffen Menschen besonders stark, die schon zuvor in Armut lebten oder von Armut bedroht waren. Armut entsteht nicht erst durch diese neuerlichen Kostensteigerungen, sondern besteht schon seit langem für bestimmte Personengruppen individuell wie kollektiv. Für diese Menschen stellen die Kostensteigerungen somit eine erneute zusätzliche Herausforderung dar, die sie zu bewältigen haben, ohne dass sich ihre bisherige Situation verändert oder verbessert hat. In den Interviews schilderten sowohl Betroffene als auch Berater*innen diese schon länger andauernden schwierigen Lebenssituationen.

Wir erleben, dass Armutslagen in der Mittelschicht ankommen.

Menschen, die bisher mit gesichertem Einkommen lebten, sind von den gestiegenen Kosten bei Energie und Lebenshaltung ebenso betroffen. Die klassischen Armutgruppen erweitern sich um Teile der Mittelschicht.

Wir erleben eine fehlende Umsetzungssystematik staatlicher Stellen zwischen der Entwicklung von finanziellen Unterstützungsangeboten und der Organisation von Hilfen.

Im Bewusstsein, dass die Ursache für die erhöhten Kosten bei Energie und Lebensmitteln im Krieg in der Ukraine liegt, haben sich sehr schnell die verschiedenen staatlichen Ebenen um Hilfeleistungen bemüht, die diese Folgen abmildern sollen. Zugleich liegt zwischen der Ankündigung solcher finanziellen Hilfen und deren Umsetzung ein größerer zeitlicher Abstand. Dies liegt daran, dass die staatlichen Ebenen sich einerseits untereinander abstimmen müssen und wollen, andererseits daran, dass die praktische Umsetzung längere Zeit in Anspruch nimmt. Im Fall der Einmalzahlung an Studierende war diese Zeitspanne sogar so lang, dass eine größere Anzahl an Studierenden das Studium bereits abgeschlossen hatte, bis es im Frühjahr 2023 zu einer ersten Auszahlung gekommen war. Damit fehlte den Menschen die unmittelbare Erfahrung der direkten finanziellen Unterstützung.

3. Lebensgeschichten und Herausforderungen

3.1 Interviews mit Betroffenen

Familie Can

Familie Can lebt mit zwei Kindern im Alter von zwei und acht Jahren in einem kleinen Dorf mit gut 1 000 Einwohner*innen. Die pflegebedürftige Mutter von Herrn Can lebt mit im Haushalt. Herr Can ist 2015 aus einem arabischen Land nach Deutschland geflüchtet und zwei Jahre später konnte seine Ehefrau ebenfalls einreisen. In seinem Heimatland hat Herr Can eine Apotheke geleitet. In Deutschland ist Herr Can nach Integrations- und Sprachkursen in einem fleischverarbeitenden Betrieb tätig gewesen, der allerdings 2021 geschlossen wurde. Alle Bemühungen, erneut eine Arbeitsstelle zu bekommen, sind bisher nicht erfolgreich gewesen. Dies führt Herr Can auch auf seine Schwerbehinderung zurück, da er von Geburt an mit einer Fußverletzung lebt. Die Familie erhält derzeit Arbeitslosengeld, hinzu kommen Wohn- und Kindergeld sowie Leistungen der Pflegekasse für die pflegebedürftige Mutter (Pflegegrad 2). Die Pflegeaufgaben werden innerhalb der Familie erbracht.

In der ländlich geprägten Region ist Familie Can auf ein Auto angewiesen, auch für die Fahrten zur ärztlichen Versorgung der pflegebedürftigen Mutter:

„Der nächste Laden ist neun Kilometer entfernt. Da muss man immer mit dem Auto hinfahren. Aber das Auto kostet Versicherung und Benzin. Die Kosten sind gestiegen.“

Familie Can schildert, dass die steigenden Preise insbesondere bei Energie und Lebensmitteln zu Einschränkungen im Alltag führen:

„Die Preise steigen immer weiter. Damals konnte man von 50 € eine Woche leben, jetzt reichen 50 € nur für zwei bis drei Tage. Wenn man Obst einkauft, früher zwei bis drei Kilo, jetzt drei bis vier Stück. Wir kaufen Reis, Suppe, Kartoffeln. Einfache Sachen. Fleisch nur einmal pro Woche.“

Auch bei der Heizung versucht die Familie zu sparen, *„manchmal machen wir auf zwei oder eins, aber dann nehmen wir eine Decke“*, weil es sonst zu kalt ist.

Weiterhin schildert die Familie, dass die monatlichen Geldleistungen der Pflegekasse nicht immer die Kosten für Medikamente, Verbandsmaterial und Autofahrten mit der bzw. für die Mutter decken. Ebenso seien die Stromkosten von 86 € monatlich auf 110 € angestiegen. Es sei auch nicht einfach, mit den Wünschen der Kinder umzugehen. So habe die Tochter nach einem neuen Schultornister gefragt. Dafür würde das Geld aber nicht reichen und so muss die Tochter den alten Ranzen weitertragen.

„Die Tochter hat nach einem neuen Tornister gefragt. Ich habe geantwortet: Bis zur vierten Klasse reicht der alte. Der ist teurer. Stifte und so, fast 150 € muss man bezahlen. Für diese Sachen. Das muss ich alles selber bezahlen.“

Inzwischen sei es leider so, dass das Girokonto im Minus sei, auch bedingt durch eine Ratenabzahlung, bei der hohe Zinsen anfallen.

Im Verlauf des Interviews schildert Herr Can, wie wichtig für ihn und seine Familie die Unterstützung durch Beratungsstellen ist. Gerade Schreiben von Behörden seien schwer verständlich. In einer Beratungsstelle eines Wohlfahrtsverbandes bekomme er eine sehr hilfreiche Unterstützung

Frau Ernst

Frau Ernst ist ausgebildete Krankenschwester und hat bis zur Geburt ihres Sohnes im Krankenhaus gearbeitet. Nach der Geburt des Kindes haben sich Frau Ernst und der Vater des Kindes getrennt. Die Alleinerziehende lebt mit ihrem fast fünfjährigen Kind derzeit in einer Ein-Zimmer-Wohnung in einer Mittelstadt. Den Lebensunterhalt bestreitet die Familie aus Leistungen des Jobcenters und dem Kindergeld. Durch die stark gestiegenen Preise sah sich Frau Ernst „gezwungen“, die Tafel aufzusuchen:

„Ich bin hierher [zur Tafel] gekommen, wegen der hohen Preise. Vorher, da bin ich ehrlich, weil ich sparsam war, da habe ich mir immer so gedacht, okay, ich bin zwar beim Jobcenter, aber so lange ich sparsam lebe, und die Sachen noch selber bezahlen kann, soll ich dann einem anderen einen Platz, also jemanden der zur Tafel geht, wegnehmen. So nachdem die Preise gestiegen sind und ich gemerkt habe, am Ende des Monats wird es richtig knapp, habe ich mich dafür entschieden, jetzt muss ich auch Hilfe von außen annehmen. Vorher, wo die Preise nicht so hoch waren, wollte ich keinem einen Platz wegnehmen. Andere brauchen es viel, viel nötiger. Und da ich noch sparen konnte, da die Preise nicht so hoch waren, war noch ein Plus auf dem Konto. Als das alles anfing, da habe ich überlegt, und da habe ich mit meiner Mutter gesprochen. Nee, jetzt muss ich, damit ich überhaupt noch etwas habe für den Kleinen. Jetzt, nicht jedes Mal, aber ab und zu, kann ich nicht immer Nein sagen. Damit ich dem auch was kaufen kann, deswegen habe ich dann die Tafel zu Hilfe genommen und bin dann drauf zu gegangen. Da bin ich auch dankbar dafür, dass es die Tafel überhaupt gibt. Ich komme einmal die Woche hier her. Dann nehme ich Lebensmittel, Gemüse, Brot, Brötchen, auch viel, was man dann auch einfrieren kann. Und in letzter Zeit auch viel Mehl, weil ich jetzt auch selber Brot backe.“

Im Interview mit Frau Ernst wird immer wieder deutlich, wie wichtig es ihr ist, dass es ihrem Sohn gut geht:

„Ich stecke viel mehr zurück und gucke mehr, dass mein Sohn alles hat. Ich habe damit nicht so große Probleme, natürlich würde er für sich mehr wünschen, für mich ist die Hauptsache, dass mein Sohn alles hat, Kleidung oder Essen.“

Zu den finanziellen Hilfen wie z. B. der Energiepauschale berichtet Frau Ernst, dass sie diese schon als Unterstützung wahrgenommen hat, dass diese allerdings keinesfalls ausreichend gewesen seien, um die Preissteigerungen aufzufangen:

„Man ist für jede Hilfe dankbar. Für den Moment hat das schon geholfen. Nur nicht langfristig.“

Zum Zeitpunkt des Interviews (März 2023) hat Frau Ernst noch keine Abrechnung zu ihren Stromkosten erhalten. Die Verunsicherung ist groß, ob ihre bisherigen Maßnahmen zum Stromsparen und dem Zurücklegen von Geld ausreichend gewesen sind.

„Nächste Woche soll die Strom-Abrechnung kommen. Ich bin schon gespannt. Ich habe schon die wildesten Summen gehört. Also da ich noch keinen Brief bekommen habe, da weiß ich halt das noch nicht, ob sich das gelohnt hat, ... z. B. eine Sparglühbirne und wenn ich nicht den Fernseher benutze, dann wirklich alles auszumachen. Nachdem ich von den Preiserhöhungen weiß und alles so teuer geworden ist, habe ich jeden Monat seit letztem Jahr gespart. Ein bisschen Angst hat man schon.“

Weiterhin berichtet Frau Ernst vom gezielten und veränderten Einkauf in den umliegenden Supermärkten mit mehr Zeitaufwand:

„Für mein Kind hat es gereicht, für mich bin ich schon länger am Zurückstecken. Und jetzt gucke ich noch mehr danach, was übrig ist, das kommt in einen Umschlag und wird gespart. Ich spar immer schon, jetzt aber noch mehr. Also wie soll man sagen, jetzt guckt man wirklich auf jeden Cent. Ob Blumenkohl oder die Gurken, wir sind ja Vegetarier. Ich gucke in alle Zeitungen. Dann bin ich eine Woche da einkaufen oder da einkaufen. Da ich kein Auto habe, mein Sohn ist auch fit im Laufen, dann gehen wir ein paar Strecken. Dann gehe ich für die Strecke ein wenig länger, dann weiß ich, es ist nicht so teuer. Wenn ich keine Termine habe oder sonst was ansteht, dann hat man halt Zeit. Man hat zwar vorher auch schon ein bisschen geguckt, aber damals hat man gesagt, okay, aber jetzt kostet es etwas mehr.“

Familie Diaby

Herr Diaby floh 2015 aus einem afrikanischen Land nach Deutschland, da er durch sein politisches Engagement im Heimatland gefährdet war und bedroht wurde. Im Rahmen des Familiennachzugs konnte seine Frau mit zwei Kindern ebenfalls nach Deutschland kommen. Inzwischen hat die Familie vier Kinder im Alter von fünf bis zwölf Jahren. Das jüngste Kind ist noch in der Kindertagesstätte, ein Kind besucht die Grundschule und die beiden ältesten Kinder sind in weiterführenden Schulen. Im Herkunftsland haben Frau und Herr Diaby ein Studium absolviert und im medizinischen Bereich gearbeitet, die Ehefrau mehrere Jahre in einer Leitungsposition. Die Anerkennung der universitären Abschlüsse in Deutschland war nicht möglich, da die Berufe in Deutschland Ausbildungsberufe darstellen. Frau Diaby hat inzwischen eine ihrem Qualifikationsniveau entsprechende Arbeitsstelle gefunden, Herr Diaby ist als Altenpflegehelfer tätig. Um die Betreuung der Kinder zu gewährleisten, haben beide Teilzeittätigkeiten.

Familie Diaby erzählt im Interview, dass vor dem Beginn der Kostensteigerungen das Einkommen der Familie ausreichend gewesen sei für die monatlichen Ausgaben. Es sei aber nicht möglich gewesen, etwas ansparen zu können. Steigende Energie- und Lebensmittelpreise haben die Familie jedoch an finanzielle Grenzen gebracht und zu Einschränkungen geführt. Innerhalb kurzer Zeit waren die Stromkosten von 76 € über 89 € auf 104 € gestiegen. Hinzu kam eine zu leistende Nachzahlung in Höhe von 400 €.

„Das war eine Katastrophe, so viel für Strom zu bezahlen. Jeden Tag drehen wir die Heizung etwas weniger auf. Die Kinder sagen, mach die Heizung nicht auf Fünf. Heizung und Strom ist immer mehr. Wir versuchen immer billiger im Supermarkt einzukaufen. Wir haben Aldi in der Nähe oder Lidl oder so. Das ist billiger als Edeka oder Kaufland.“

Besonders als wir in der Schule das Geld bezahlen mussten für die vier Kinder, auch mit den Aktivitäten wie Sport und die Klassenfahrt, das ist viel Geld. Einmal musste die Familie Geld schicken zur Unterstützung.“

Frau Diaby berichtet, dass ihnen Freund*innen in den vergangenen Monaten mehrfach Geld geliehen haben:

„Am Ende des Monats haben wir uns Geld geliehen von jemanden, weil wir nicht genug Geld haben. Das ist richtig stressig ... ich habe mit meinem Chef gesprochen, dass er mein Gehalt ein bisschen erhöhen möchte. Der Chef hat zugestimmt. Aber es hat nicht so geholfen, wir brauchen trotzdem Wohngeld zur Unterstützung.“

Die prekäre finanzielle Situation stellte die Familie auch vor Probleme, als die Mutter von Frau Diaby aus dem afrikanischen Heimatland zur Unterstützung ihrer Tochter in einer Krankheitssituation nach Deutschland einreisen wollte:

„Vor drei Monaten wurde ich operiert und ich brauchte Unterstützung. Meine Mutter wollte zur Unterstützung kommen. Wegen unserer Situation haben wir Absagen bekommen, eine Ablehnung bekommen, dass meine Mutter nicht kommen kann, weil wir können sie nicht unterstützen. Sie musste Unterlagen mitbringen, dass sie das Geld hat. Sie hat Geld zu uns mitgebracht und dann konnte sie kommen. Das ist peinlich. Das ist richtig traurig. Die Behörden haben zu viel gefragt wegen meiner Mutter. Ich war schon bei der Ausländerbehörde. Wir haben alles abgeklärt. Meine Mutter bleibt auch nicht lange. Nicht drei Monate wie das Visum ist. Sie ist nur zwei Monate geblieben.“

Familie Diaby berichtet außerdem von der kontinuierlichen Unterstützung bei vielen Fragestellungen durch Beratungsstellen und der Erfahrung, dass die Bearbeitung häufig erst nach der Intervention der Beratungsstelle bei den Behörden zügig erfolgt:

„Letztes Mal haben wir bei der Wohngeldstelle einen Antrag gestellt und mussten sechs Monate warten. Dann hat er [Mitarbeiter der Beratungsstelle] angerufen und nach einer Woche ist alles fertig. Wir fragen uns, warum muss erst eine Organisation [Beratungsstelle] kommen, um unser Recht zu bekommen.“

3.2 Interviews mit Berater*innen

Insgesamt wurden an unterschiedlichen Standorten fünf Interviews mit Berater*innen verschiedener Beratungsformen durchgeführt. Hierbei wurde beachtet, dass sich auch das Beratungsumfeld sowohl aus ländlichen als aus urbanen Strukturen zusammensetzt. Es handelte es sich um eine Migrations-, eine Schuldner- und zwei Beratungsstellen der Allgemeinen Sozialberatung sowie um eine Familienhilfe.

In den Interviews wird ersichtlich, dass die Probleme vieler Hilfesuchender komplex und vielfältig sind. Durch die verschiedenen Problemlagen entsteht oftmals erst diese Notsituation, welche sich durch die Inflation im Zuge der Energiekrise weiter zuspitzt. Da sich die Probleme teilweise überschneiden, sind die wesentlichen Faktoren im Folgenden aufgeführt und mit Beispielen hinterlegt.

Gesundheitliche Probleme

Ein geringes Einkommen führt oftmals zu einer Reduzierung der sozialen Teilhabe mit allen negativen Folgen auch für die gesundheitliche Situation der betroffenen Menschen. Dies war schon vor der Energiekrise so. Jetzt wird alles heruntergefahren mit der Folge, dass sich einkommensarme Menschen noch weiter zurückziehen. *„Das ist soziale Isolation“*, so formuliert es Frau Eiche, die in einer Allgemeinen Sozialen Beratung tätig ist.

Herr Baum, tätig in der Familienhilfe, sorgt sich auch um die Menschen, die psychisch erkrankt sind. Diese Menschen beschäftigt primär ihre Erkrankung und deren alltägliche Folgen; das Sparen steht für sie nicht im Vordergrund.

Nicht nur die eigenen gesundheitlichen Probleme tragen zu einer Verschärfung der finanziellen Situation bei, sondern auch die von pflegebedürftigen Angehörigen. So berichtet Frau Cüppers von einer pflegebedürftigen Frau, deren Töchter sich bei der Pflege abwechseln. Beide arbeiten darum nur in Teilzeit.

Mobilität

Besonders in den ländlich geprägten Gemeinden besteht häufig eine mangelnde Versorgung durch Ärzt*innen und Einkaufsmöglichkeiten. Darum sind weite Wege zum Einkauf oder Arztbesuch notwendig. Es gibt Orte, die schwer mit dem öffentlichen Nahverkehr zu erreichen sind. Ohne Auto ist deshalb die Mobilität stark eingeschränkt. *„Mit dem Auto bedeuten weite Wege hingegen eine finanzielle Belastung“*, aufgrund der gestiegenen Kosten für Kraftstoffe (Herr Baum). Auch die Migrationsberaterin Frau Adler berichtet, dass die meisten Freizeitaktivitäten der Kinder

im ländlichen Raum mit dem Nahverkehr nur schwer erreichbar sind. *„So scheint für die Mobilität ein Auto erforderlich, das nicht alle haben“*. Diese Kinder werden in ihrer sozialen Teilhabe durch die fehlende Mobilität eingeschränkt.

Herr Dohm, Berater in der Allgemeinen Sozialberatung, wünscht sich für Bedürftige ein kostenloses Monatsticket. Denn diese Menschen können es sich nicht leisten *„Mobilität zu kaufen“*.

Schulden

Für Menschen, die zuvor schon Schulden hatten, wird es nun noch einmal schwieriger diese zu tilgen. Herr Dohm berichtet, dass selbst ein Betrag von 3.000 € zu einer jahrzehntelangen Abzahlung führen kann. *„Zudem ist die Pfändungsgrenze nur um 5 % erhöht worden, was unter der Inflation liegt“*. Für Herrn Dohm stellt sich die Frage, wovon die Betroffenen das bezahlen sollen. Trotz der relativ geringen Schuldenhöhe ist für diese Menschen *„Privatinsolvenz der einzige Weg“* schuldenfrei zu werden.

Frau Cüppers, tätig als Schuldnerberaterin, berichtet von Frau Fischer, die seit Kurzem Rentnerin ist. Frau Fischer hatte sich vorgenommen, auch als Rentnerin weiter zu arbeiten, um mit dem Zusatzverdienst zur kleinen Rente den noch laufenden Kredit zu bedienen. Jedoch wurde ihr Mann pflegebedürftig. *„Sie haben schon immer recht sparsam gelebt. Sie haben immer schon Lebensmittel so gekauft, hauptsächlich Artikel, die im Angebot sind.“* Nun kann Frau Fischer aber die Kreditzahlungen nicht mehr leisten und wird in die Privatinsolvenz gehen müssen.

Kostensteigerungen bei Energie und Lebensmitteln

Die größten Kostentreiber, insbesondere für einkommensschwache Bürger*innen, sind Lebensmittel und Energiekosten.

Frau Eiche, die in der Allgemeinen Sozialberatung tätig ist, schildert in diesem Zusammenhang auch die psychischen Belastungen, welche auf den Betroffenen liegen. Es war unklar, wie hoch die Kosten steigen werden, welche staatlichen Unterstützungen es geben wird und was es letztendlich für die Menschen bedeutet. So hatte sie Anfragen wie: *„Im halben Jahr ändert sich unsere finanzielle Situation, dann können wir nicht mehr, was ist dann?“*

Die Folgen sind oftmals, dass Menschen zu den Tafeln gehen, obwohl sie dies bislang durch eine strikte Haushaltsplanung vermieden hatten. Die Entscheidung das Angebot der Tafel in Anspruch zu nehmen fällt vielen Menschen sehr schwer und ist für viele schambesetzt. Es bedeutet die finanzielle Not für Familie, Freunde und Nachbarn öffentlich sicht-

bar zu machen. Viele Berater*innen berichten von Klient*innen, die ihre Heizungen herunterdrehen oder in manchen Räumen ganz auslassen. Frau Eiche: *„Sie versuchen weniger Strom zu verbrauchen. Was aber, wenn ich alte Elektrogeräte habe, die Strom ziehen, dann verbrauche ich auch mehr Energie.“*

Frau Adler berichtet von einer Familie mit Fluchterfahrung, deren Wohnung in einem sehr schlechten Zustand ist. Hierdurch muss mehr geheizt werden, entsprechend steigen die Energiekosten. *„Sie wohnen in einem ziemlich heruntergekommenen Haus. Im Schlafzimmer ist es einigermaßen warm. Im Wohnzimmer und in der Küche ist es immer sehr kalt. Die haben ein Baby mit drin, da muss man es schon warm haben. Die Wohnung ist schlecht isoliert.“* Insgesamt wäre es hilfreich, wenn der Wohnungsmarkt sich wieder entspannen würde, damit Wohnungen in so einem schlechten Zustand gar nicht erst vermietet würden.

Die Energieversorger haben ihren Kund*innen viele Briefe geschrieben. Besonders für Migrant*innen mit geringen Deutschkenntnissen ist es meist nicht möglich zu verstehen, was dort steht. Hinzu kommt, dass sie sich meist nicht ausreichend und umfassend informieren können und dann schlechtere Verträge eingehen (Frau Adler).

Frau Cüppers berichtet von Herrn Günther, einem alleinlebenden Rentner. Seine Rente war auskömmlich. Nun setzt sich Herr Günther intensiv mit Sonderangeboten auseinander und schränkt manches stark ein, wie zum Beispiel den Fleischkonsum. Er nimmt sich viel Zeit um die Preise zu vergleichen, damit er mit dem Geld auskommt.

Grundlegende Probleme

„Das Ansparen ist unrealistisch. Das ist nichts Neues. Es hat sich nur zugespitzt“ (Frau Cüppers). *„Es ging immer um Brillen, um Strom, um kaputte Elektrogeräte. Das habe ich von meinem ersten Arbeitstag an erlebt und jetzt ist es immer noch so. Finanziell ging es denen schon immer schlecht. Die haben sich auf dem niedrigsten Niveau eingerichtet.“*

Bei manchen Menschen ist die Auswirkung der ganzen Situation jedoch erst spät oder noch gar nicht angekommen. *„Es ist noch nicht im Kopf, was wird jetzt übernommen, was ist jetzt, wo ich mich darauf einstellen muss?“* (Frau Adler)

Herr Dohm merkt jedoch an, dass es neben den Personen mit multiplen Problemlagen *„Menschen mit finanziellem Druck sind, nicht unerheblich wenige, wo die Lebensmittelpreise gestiegen sind, die haben sofort die Verteuerung gemerkt. Das Geld hat früher vielleicht gereicht, die Erhöhung des Bürgergeldes deckt aber gerade mal die Erhöhung für Strom. Die*

Erhöhung der Lebensmittel um 20 % ist da noch nicht einbezogen“. *„Früher war es schon knapp, jetzt ist ein Personenkreis dazu gekommen, für den es noch knapper ist.“* Berater Herr Baum sorgt sich auch um Familien mit mittleren und unteren Einkommen.

Aus seiner Sicht brauchen Betroffene eine Perspektive. Staatliche Unterstützung ist dafür ein wichtiger Baustein, um aus der Krise zu kommen. Er zitiert beispielhaft einen Klienten: *„Ich brauche eine Anleitung und eine gewisse Starthilfe und dann muss ich selber damit klarkommen, das Gefühl dabei, es selber in der Hand zu haben. Ich bin bereit einzusparen, wo ich kann, aber ich bin nicht ganz allein. Ich brauche einen sicheren Rahmen, dass es auch möglich ist“.*

Der betroffene Herr Günther ist ein Beispiel dafür, dass es an einem ausreichenden Überblick über Hilfen und deren Beantragung fehlt. Herr Günther traut sich nicht, schon einmal erhaltene Hilfe erneut zu beantragen. Sein Antrag auf Wohngeld wurde abgelehnt. Jedoch haben sich zwischenzeitlich die Einkommensgrenzen verschoben. Eine erneute Beantragung könnte erfolgreich sein. Beraterin Frau Cüppers beobachtet, dass Rentner*innen seltener die Schuldnerberatung nutzen und sie scheuen sich berechnete Anträge z. B. auf Grundsicherung zu stellen. So findet Frau Cüppers eine aufsuchende Arbeit bei ihnen sinnvoll. Sie wird aber nicht finanziert. Ähnliches sieht sie bei Familien. Außerdem scheitern viele Klient*innen an umfangreichen und für sie unverständlichen Anträgen. Gleiches berichtet auch Frau Adler. Auch wird von mehreren Berater*innen die Bündelung der Hilfeleistungen gefordert. So wäre dieses für die Leistungsbezieher*innen übersichtlicher und sie würden nicht nur Teile der ihnen zustehenden Leistungen durch mangelnde Kenntnisse ihrer Ansprüche erhalten.

Bei Familien mit schulpflichtigen Kindern führen häufig die Kosten für Schulmaterial und Ähnliches zu finanziellen Problemen. Die dafür in den Regelsätzen vorgesehenen Leistungen und die Leistungen für Bildung und Teilhabe reichen bei weitem nicht. Herr Dohm schlägt eine Schule vor, in der *„alles frei ist für die Kinder“*. Nur so ist es möglich, dass *„die Familien und die Kinder aus dieser Mühle herauskommen. Denn es gibt nur einen Weg in Deutschland und der ist Bildung, nur dann ist eine gute Ausbildung möglich. Kein Schulabbrecher sein, nur dann kann ich eine Perspektive für mich aufbauen“*. Frau Eiche plädiert für eine Erhöhung der Bildungs- und Teilhabemittel, damit außerschulische Bildungs- und die Freizeitaktivitäten, wie Sportvereine und Ferienfreizeiten möglich sind. Ansonsten geraten laut Herrn Dohm Eltern in den Konflikt, sich entweder für ausreichend Bildung oder ausreichend Essen zu entscheiden.


4. Beispiele aus der Praxis der Freien Wohlfahrtspflege

Fünf Beispiele aus dem breiten Spektrum der Angebote und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege sollen exemplarisch aufzeigen, was an Unterstützung von Menschen in Niedersachsen durch örtliche Projekte möglich ist.

4.1 Kultursensible Altenhilfe (KusAK) (AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V.)

 www.awo-ol.de/Beratungsangebote/MBE/KusAK

 Birte Flörcken, Projektleiterin

 (0441) 94919111

Das Projekt wird vom AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V. seit 2014 umgesetzt. Zunächst auf den Oldenburger Stadtteil Kreyenbrück begrenzt, richtet sich das Angebot nun an ältere Migrant*innen im gesamten Stadtgebiet. Finanziert wird es durch Mittel der Stadt Oldenburg. Ziel ist es, älteren Migrant*innen eine niedrigschwellige Anlaufstelle zu bieten. Hier haben sie und ihre Angehörigen die Möglichkeit, sich über sämtliche Belange des alltäglichen Lebens zu informieren und Beratung in Anspruch zu nehmen. Hintergrund ist, dass viele ältere Migrant*innen, die zum Teil schon länger in Deutschland leben, nicht das nötige Wissen über ihre Rechtsansprüche oder Angebote haben. Aus diesem Grund hat die Zielgruppe einen erhöhten Unterstützungsbedarf bei der Beantragung von staatlichen Leistungen und Hilfen, etwa im Hinblick auf gestiegene Preise und Energiekosten. Mit dem Projekt KusAK erhalten sie kostenlos und vertrauensvoll Informationen zu einer Vielzahl an Themen und können zudem an verschiedenen Aktivitäten teilnehmen.

Umsetzung des Projekts

Über Begegnungsangebote, gemeinsame Aktivitäten und offene Beratungszeiten hat sich das Projekt KusAK das Ziel gesetzt, ältere Migrant*innen in der Stadt Oldenburg anzusprechen. Hintergrund ist, dass viele ältere Migrant*innen auf Grund von Sprachbarrieren, eingeschränkter Mobilität und ihrer Lebensgeschichte die bestehenden Angebote der offenen Altenhilfe

nicht nutzen. Gleichwohl sehen sie sich mit den gleichen Herausforderungen wie andere ältere Menschen konfrontiert: Pflegebedürftigkeit, Altersarmut oder Vereinsamung. Häufig überlagern sich diese Schwierigkeiten, sodass sie komplexe Probleme bewältigen müssen.


Das AWO-Projekt KusAK bietet der Zielgruppe einen niedrigschwelligen und offenen Zugang, beispielsweise über gemeinschaftliche Aktivitäten. Im Zuge dessen wächst das Vertrauen der älteren Migrant*innen in die Ansprechpartner*innen des Projekts, sodass auch über die individuellen Herausforderungen gesprochen wird. Hier setzt KusAK an, um die Zielgruppe zu unterstützen oder zu begleiten, das Hilfe- und Beratungssystem kennenzulernen und somit in herausfordernden Lebenssituationen Entlastung zu schaffen.


Nachhaltige Wirkung

Erst seit Initiierung des Projekts gibt es für ältere Migrant*innen eine Anlaufstelle der offenen Altenhilfe, an die sie sich wenden können, im Wissen darum, dass dort ihre Lebens- und Migrationsgeschichte anerkannt und berücksichtigt wird. Der sensible Umgang mit Mehrsprachigkeit und verschiedenen kulturellen Zugehörigkeiten schafft für die Zielgruppe einen Ort, an dem sie sich sicher vor Diskriminierung fühlen kann. Diese Erfahrung wird auch an weitere Personen aus der Community weitergetragen, sodass Personen, die bislang nicht an das Hilfesystem angebunden waren, einen Zugang dazu erhalten. Gleichwohl ist es auch Ziel des Projekts, Behörden und andere Einrichtungen für die Bedürfnisse von älteren Migrant*innen zu sensibilisieren. Mit dem Projekt werden in der Stadt Oldenburg entsprechend nachhaltig Strukturen gefördert, die es älteren Migrant*innen überhaupt ermöglichen, Unterstützung in verschiedenen Bereichen des alltäglichen Lebens in Anspruch zu nehmen, die für die deutsche Mehrheitsgesellschaft überwiegend selbstverständlich sind.

4.2 Stromsparcheck: Raus aus der Energiefalle (Caritas Arbeits- und Dienstleistungsgesellschaft Osnabrück)

 www.caritas-dienstleistung.de/stromspar-check
www.stromspar-check.de

 Luca Treidel, Projektleiterin

 (01590) 45 56 036

 LTreidel@caritas-dienstleistung.de

Der Stromspar-Check ist eine kostenlose Energieberatung für einkommensschwache Haushalte. Dazu gehören Haushalte mit geringem Einkommen, niedriger Rente oder im Bezug von Leistungen wie Bürgergeld, Sozialhilfe, Wohngeld oder Kinderzuschlag. Neben effektiven Tipps und Anregungen zu Einsparmöglichkeiten bei Strom, Wasser und Heizung erhält jeder Haushalt ein kostenloses Soforthilfe-Paket mit LEDs, Wassersparduschköpfen, und schaltbaren Steckdosenleisten im Wert von bis zu 70 €. Auf Wunsch bauen die Stromsparhelfer*innen die Soforthilfen direkt ein. Der Austausch eines alten Kühlgeräts kann im Rahmen des Projektes mit mindestens 100 € bezuschusst werden.

Das Projekt wird von der Caritas Arbeits- und Dienstleistungsgesellschaft (CAD) bereits seit 2009 in der Stadt und dem Landkreis Osnabrück umgesetzt und im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz finanziert. Das Ziel des Projektes ist, einkommensschwachen Haushalte zum Thema Energiesparen zu beraten, ganz konkret bei der Senkung der Energiekosten zu unterstützen und durch die Beratung und den Einbau der Energiesparartikel effektiv zum Klimaschutz beizutragen.

Umsetzung des Projekts

Das Projekt wird in der Praxis durch sogenannte Stromsparhelfer*innen umgesetzt. Die CAD beschäftigt dazu derzeit sieben Menschen im Rahmen des § 16 i SGB II. Außerdem unterstützen drei ehrenamtliche Mitarbeitende das Projekt.

Als Kooperationspartner sind das Jobcenter Osnabrück sowie die MaßArbeit Landkreis Osnabrück aufgrund der Beschäftigungsform der Stromsparhelfer*innen involviert. Das Jobcenter Osnabrück ist darüber hinaus sehr engagiert, was die Ansprache anbelangt, und ist bemüht, ihre Kund*innen auf das Angebot aufmerksam zu machen. Ebenfalls als enge Kooperationspartner sind die Stadt Osnabrück sowie auch die Stadtwerke Osnabrück zu nennen. Mit den anderen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege und einigen Schulen in Stadt und Landkreis Osnabrück gibt es weitere Kooperationen.

Seit 2009 haben 5 516 Haushalte in Stadt und Landkreis Osnabrück an einem Stromspar-Check teilgenommen und konnten dadurch im Durchschnitt 354 € jährliche Energiekosten einsparen. Langfristig konnten damit alle Haushalte in Stadt und Landkreis Osnabrück seit 2009 zusammen insgesamt rund 14 858 Tonnen CO₂ reduzieren.


Nachhaltige Wirkung


Der Mehrwert des Projektes ist für armutsbetroffene Menschen und für jene, die in Folge der Energiekrise und Inflation in eine schwierige finanzielle Situation geraten, sehr konkret. Die Haushalte erhalten neben individuellen Tipps, wie sie durch Verhaltensänderungen Energie einsparen können, zusätzlich technischen Soforthilfen, die eine unmittelbare Energieersparnis bewirken.

Wünschenswert für alle im Projekt Beteiligten wäre eine Verstetigung des Projektes bzw. eine Überführung in Regelstrukturen. Möglichst viele Menschen sollten Zugang zum Know-how bekommen, um individuelle Energiekosten zu senken. Dies entlastet die eigene finanzielle Situation und fördert den Klimaschutz in der Region.

4.3 Eberts Hof des DRK Wolfenbüttel – Secondhandboutique und Tafel (DRK-inklusive Wolfenbüttel gGmbH)

 www.drk-kv-wf.de/angebote/existenzsichernde-hilfe/secondhandboutique.html

 Juliane Liersch, Leitung Eberts Hof

 (05331) 94 86 55

 tafel@inkluzivo.de

„Eberts Hof“ ist ein ehemaliger Supermarkt, der 2018 vom DRK-Kreisverband Wolfenbüttel e. V. zu einer Tafel und einer Secondhandboutique umgebaut wurde. Die Tafel richtet sich an einkommensschwache Menschen, die im Landkreis Wolfenbüttel leben. Die Secondhandboutique ist ein Angebot für alle. Der Eberts Hof finanziert sich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen des DRK-Kreisverbandes und Verkaufserlösen des Shops. Primäres Ziel ist es, Menschen möglichst niedrigschwellig zu unterstützen; Eberts Hof stellt aber auch einen Begegnungsort dar. Für die operative Umsetzung ist ein Team von Ehrenamtlichen mit Hilfe der DRK-inkluzivo Wolfenbüttel gGmbH zuständig.

Die Lebensmittelausgabe der Tafel findet in einem abgetrennten Bereich des Gebäudes statt, davor befindet sich die Ladenfläche der Boutique. Aufgrund der Zugänglichkeit für alle Interessierten zu Eberts Hof entsteht keine Stigmatisierung beim Aufsuchen der Tafel. Durch ein festes Terminvergabesystem gibt es in der Tafel keine Wartezeiten, was die Hemmschwelle der Nutzung nochmals verringert und der hohen Nachfrage gerecht wird.

Durch die zentrale Lage in der Innenstadt und den Aufbau des Eberts Hof ist dieser ein Treffpunkt geworden. Er bietet Raum für Gespräche und Beratung, zum Beispiel der Flüchtlingshilfe oder der Ergänzenden

unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB). Verschiedene Beratungs- und Bildungsangebote des DRK-Kreisverbandes Wolfenbüttel finden vor Ort statt.

Weitere Projekte wie „Tafel macht Schule“ und „Tafel packt Babytasche“ wurden aufgrund der Bedarfe der Kund*innen eingeführt. „Tafel macht Schule“ richtet sich an Kinder aus finanzschwachen Familien, für die eine Erstausrüstung für die Einschulung bereitgestellt wird. Es handelt sich dabei primär um Kinder der Tafelkund*innen, bei Bedarf werden zudem Anfragen von Schulen berücksichtigt. Mit dem Projekt „Tafel packt Babytasche“, welches ebenfalls ehrenamtlich organisiert ist, können sich werdende bedürftige Mütter an die Tafel wenden. Neben Windeln und Kleidung erhalten sie auch ein neues Babybett und nach Möglichkeit einen Kinderwagen.




Die Angebote des Eberts Hof werden durch rund 60 Ehrenamtliche betreut und umgesetzt. Aktuell unterstützt die Tafel knapp 2 000 Kund*innen und im Eberts Hof werden pro Jahr circa 10 000 Kund*innen erreicht.

Die Besonderheit am Eberts Hof ist die Kombination verschiedener Angebote an einem zentralen Standort und die damit offene, niedrigschwellige Atmosphäre für die Tafelkund*innen. Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage vieler Menschen ist es entscheidend, den Zugang zu den Angeboten zu erleichtern. Ebenso bietet die Secondhandboutique Menschen mit niedrigem Einkommen die Chance, qualitativ hochwertige Waren zu einem geringen Preis einzukaufen.

Der Eberts Hof ist mit seinem Standort inmitten Wolfenbüttels eine feste Anlaufstelle im Landkreis geworden. Durch seine Struktur leistet er einen großen Beitrag, Menschen in Notlagen zu helfen. Durch die Vernetzung im DRK-Kreisverband Wolfenbüttel werden darüber hinaus vor Ort ermittelte Bedarfe bei Möglichkeit DRK-intern oder an Kooperationspartner weitergeleitet, um die Menschen ganzheitlich zu unterstützen.

4.4 Mittagsstunde

(Diakonisches Werk Friesland-Wilhelmshaven e.V.)

 Heidi Bosse
 (01578) 38 80 012
 heidi.bosse@diakonie-whv.de

Eigentlich war „nur“ eine Suppe zur Mittagszeit geplant. Dann aber haben die Initiatoren der „Mittagsstunde“ sehr schnell erkannt, dass der Titel „Suppenküche“ viele Menschen abschreckt. Daraus entstand dann die Idee zur Mittagsstunde ein kleines Mittagessen anzubieten und dies mit anderen Angeboten zu kombinieren. Mit dem Titel „Mittagsstunde“ wuchs in zwei Wilhelmshavener Kirchengemeinden ein fest installiertes Angebot.

Insbesondere über Kirchengemeinden, aber auch über Presseartikel, Flyer und Medien wurde auf die „Mittagsstunde“ hingewiesen.

Die Besonderheit an der „Mittagsstunde“ ist die Kombination eines Angebots aus günstigem Mittagessen, niedrigschwelligen Vorträgen, kulturellen Angeboten, Information, Beratung und Vermittlung sowie einem geselligen Beisammensein. Die Angebote sind offen und an bekannten Orten im Sozialraum installiert.

Auch Kooperationspartner im Sozialraum, wie z. B. eine große Wohnungsbaugesellschaft, sind an einzelnen Standorten beteiligt und bieten niedrigschwellige Beratungen und Informationen an. Eine hauptamtliche Mitarbeiterin ist als Ansprechpartnerin in dieser „Mittagsstunde“ anwesend. Die Menschen, die in diesem Quartier wohnen und die „Mittagsstunde“ besuchen, wohnen fast alle in Wohnungen dieser Wohnungsbaugesellschaft.

Die Angebote der „Mittagsstunde“ werden durch Ehrenamtliche betreut und umgesetzt. Diese Kombination ermöglicht bei Bekanntwerden von Problemlagen eine unbürokratische Vermittlung zu professionellen Beratungsangeboten. Der Zugang zum Hilfesystem wird damit erleichtert. Menschen in Notlagen kann zeitnah geholfen werden.

Die offene Atmosphäre der „Mittagsstunde“ wirkt einer Ausgrenzung und Stigmatisierung von Menschen entgegen. Es ist damit ein wunderbares Beispiel für ein gelingendes Miteinander und ein Projekt gegen Isolation und Einsamkeit.

Derzeit bestehen folgende Angebote:

Montags: 11:45 - 13:00 Uhr
Ev.-luth. Kirchengemeinde Voslapp, Gemeindehaus


Dienstags: 11:45 - 13:00 Uhr
Friedenskirche F-Groden, Gemeindehaus

Mittwochs: 11:45 - 13:00 Uhr
Thomaskirche Gemeindehaus


Donnerstags: 11:45 - 13:00 Uhr
Banter Kirche, Mehrgenerationenhaus

In der Kirchengemeinde Altengroden ist ab Herbst 2023 eine Mittagsstunde 1x im Monat angedacht.

4.5 Wir im Süden – Die Südstadt hilft sich selbst (Paritätischer Wohlfahrtsverband Kreisverband Hameln-Pyrmont)

 www.paritaetischer.de/kreisverbaende/hameln-pyrmont/unsere-angebote/kaisers-treffpunkt-mitten-in-der-suedstadt

 Max Engelking

 (0173) 73 94 845

 max.engelking@paritaetischer.de

Ziel und Förderung des Projektes

Das Projekt richtet sich an ältere Bewohner*innen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Südstadt von Hameln. Es hat zum Ziel, den vorhandenen Ort der Begegnung, das „KAISERS - Der Treffpunkt in der Südstadt“, als Kommunikationszentrum zu beleben. KAISERS steht in diesem Zusammenhang für die einzelnen Themenfelder, um das übergeordnete Ziel zu erreichen: Kultur, Austausch, Selbsthilfe, Rat, Südstadt.

Das Projekt wird vom Kreisverband Hameln-Pyrmont des Paritätischen im Zeitraum zwischen November 2020 und September 2025 umgesetzt. Es wird im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Selbsthilfegruppen und Trägern von Initiativen zur Aktivierung der Selbsthilfe in sozialen Brennpunkten des Landes Niedersachsen finanziert. Für die operative Umsetzung des Projekts ist die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V. zuständig.

Ausgangslage

Über 40 % der Bewohner*innen der Stadt Hameln haben eine Migrationserfahrung und rund 25 % der Bewohner*innen sind über 60 Jahre alt. Vor diesem Hintergrund sollen die Bewohner*innen in einen interkulturellen Austausch gehen und trotz möglicher sozialer Unterschiede ihr Wohnumfeld wieder lebens- und lebenswerter gestalten.

Für wohnortnahe Unterstützung der Menschen vielfältige Kooperationen

Die Stadt Hameln zählt mit seinem Quartiersmanagement „Hameln kann’s“ und dem Integrationsmanagement sowie vielen weiteren Akteur*innen zu den Kooperationspartnern vor Ort. Unterschiedliche Selbsthilfegruppen nutzen das KAISERS als Raum der Begegnung. Das Integrationsmanagement veranstaltet regelmäßige Treffen; Kindergruppen und Sprachkurse werden von der Impuls gGmbH angeboten. Bis dato konnten rund 6 300 Bewohner*innen erreicht werden. Die hohe Reichweite liegt unter anderem an der Südstadtzeitung KRAUSE! – Angebote und Projekte werden dort quartalsweise angekündigt und es wird von ihnen berichtet. Bedingt durch die Corona-Pandemie hat das Projekt mehrmals einen Neustart erlebt. Dies hat die Aktivierung von Bewohner*innen immer wieder verzögert. Zwar gibt es in Hameln weitere Quartiertreffpunkte, die beschriebene Verzahnung von Selbsthilfe, Rat, Unterstützung und Bewohner*innentreff ist aber einzigartig.

Wunsch nach nachhaltiger Wirkung – und deshalb nach langfristiger Förderung

Es findet eine regelmäßige Evaluation seitens der Mitarbeiter*innen des Kreisverbandes Hameln-Pyrmont statt. Für die Bewohner*innen der Südstadt in Hameln ergibt sich eine feste Struktur in Sachen Austausch und Hilfe in schwierigen Situationen. In Zeiten von steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten finden die Bewohner*innen Unterstützung.

Das Projekt fungiert als erste Anlaufstelle. Diese gilt es fortzuführen, damit die Bewohner*innen in der Südstadt von Hameln weiterhin einen wohnortnahen Anlaufpunkt bei Problemen und Anliegen haben. Dafür sollten die geschaffenen Strukturen weiterhin bestehen und professionell begleitet werden.

Eine Verstetigung des Projektes ab Ende 2025 ist deshalb sowohl von Seiten der LAG Soziale Brennpunkte als auch von Seiten des Kreisverbandes Hameln-Pyrmont des Paritätischen angestrebt. Denkbar wäre eine finanzielle Verstetigung von Seiten der Stadt Hameln, ergänzt um eine Förderung durch eine Stiftung. Wie die angestrebte Verstetigung realisiert werden kann, ist aber noch offen.

5. Damit Menschen Perspektiven bekommen – Handlungsbedarfe und Forderungen

Die Aussagen in den dargestellten Interviews und die statistischen Angaben im Bericht zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung 2023 des Landes Niedersachsen verdeutlichen, dass sich insbesondere für Familien, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Rentner*innen, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie Bezieher*innen von Bürgergeld bereits bestehende Problemlagen aufgrund der enormen Preissteigerung im Bereich von Energie und Lebensmitteln zu Notlagen entwickelt haben. Eine weitere Zuspitzung ist zu erwarten. Aus dem Beratungsalltag ist bekannt, dass sich bei vielen Ratsuchenden die Angst vor wirtschaftlicher Not deutlich verstärkt hat und dass das Risiko, ein Leben in Armut und mit sozialer Benachteiligung zu führen, gestiegen ist. Zur Linderung sind neben Maßnahmen des Landes Niedersachsen und gesetzlichen Regelungen auf Bundesebene auch Aktivitäten auf kommunaler Ebene erfolgt und weiterhin erforderlich.

Das Land Niedersachsen hat den Auftrag dazu beizutragen, dass Armut und Armutsgefährdung durch Maßnahmen des Landes im Sinne vergleichbarer Lebensbedingungen gelindert werden. Die Handlungsbedarfe und Forderungen, die in diesem Anlagenbericht aufgenommen werden, beziehen sich – da es um den Bericht zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung des Landes Niedersachsen geht – insbesondere auf die Ebene des Landes und haben ihren Ausgangspunkt besonders in den Interviews. Für eine nachhaltige Bekämpfung strukturell bedingter Armutslagen in Folge der Energiekrise und der Inflation sind über die nachstehend genannten Handlungsbedarfe und Empfehlungen weitere Maßnahmen auch auf anderen Ebenen erforderlich.

1. Bezahlbares Wohnen - Sozialen Wohnungsbau stärken

Das Erfordernis mehr bezahlbaren Wohnraum für die betroffenen Zielgruppen, aber auch darüber hinaus zu schaffen, bleibt eine dringend zu lösende Herausforderung.

Dazu gehört neben der Förderung des sozialen Wohnungsbaus die Aufgabe den mit dem Wohnungsbau bzw. der Wohnungsanierung verbundenen energetischen Kostenaufwand sozialverträglich zu gestalten. Dies gilt vor allem im Kontext des Klimawandels für Mieter*innen und Eigentümer*innen mit niedrigem Einkommen.

Die LAG FW ist bereit, sich an entsprechenden Initiativen, wie der Landeswohnungsbaugesellschaft und dem „Bündnis für bezahlbares Wohnen in Niedersachsen“ mit dem Einbringen fachlicher Expertise zu beteiligen.

2. Regionalplanung und Förderung des ländlichen Raums

Zwei Themen wurden in den Interviews akzentuiert: Beratungsangebote und Mobilität.

Ein bedarfsgerechtes Netzwerk zur Versorgung mit sozialer Beratung / Allgemeiner Sozialberatung - auch im Kontext von Regionalen Versorgungszentren bzw. Zentren für medizinische Versorgung - ist stärker insbesondere im ländlichen Raum in den Blick zu nehmen.

Für den ländlichen Raum sind darüber hinaus die Unterstützung und Klärung der Mobilität in Verbindung mit dem öffentlichen Personennahverkehr und einem kostenlosen Monatsticket für bestimmte Zielgruppen wichtige Maßnahmen. Nicht nur die soziale und gesundheitliche Infrastruktur, sondern auch Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote müssen erreichbar sein. Dies ist ein wesentlicher Beitrag, um Teilhabe am Leben zu gewährleisten.

Die LAG FW plädiert für eine landesweite Regionalplanung, um die Infrastruktur der Daseinsvorsorge inklusive einer sozialen Beratungsstruktur zielgerichtet zu entwickeln.

3. Teilhabe, Beteiligung und Barrierefreiheit

Herausforderungen, die beispielhaft aus den Interviews unter der Überschrift „Barrierefreiheit“ genannt werden können, sind zum einen die Förderung digitaler Teilhabe von benachteiligten Gruppen und zum anderen verständliche Sprache und nachvollziehbaren Regelungen seitens Behörden und Institutionen.

Zur Teilhabe wurde deutlich, dass für armutsbetroffene Kinder, Jugendliche und deren Familien die Teilhabechancen zu erhöhen sind, unter anderem durch kostengünstige oder kostenlose Teilnahme an Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten inklusive der erforderlichen Ausstattung.

Darüber hinaus sollte die Teilnahme von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden politischen Entscheidungen ermöglicht werden, mit dem Ziel, dass dies in passgenaue Angebote mündet. Beteiligung und die tatsächliche Umsetzung von Angeboten erhöhen das Gefühl der Wirksamkeit, fördern aktives gesellschaftliches Engagement und stärken die Partizipation an demokratischen Prozessen.

Grundsätzlich ist es erforderlich, dass das Land sich weiterhin auf Bundesebene für eine umfassend finanzierte Kindergrundsicherung einsetzt, welche die jetzt unübersichtlich und teils mit bürokratischen Hürden versehenen Familienleistungen bündelt und auf das Wohl von Kindern ausrichtet.

Der HSBN-Bericht des Landes weist aus, dass die Reallöhne 2022 aufgrund der Preissteigerungen deutlich gesunken sind. Es wird im Bericht dargestellt, dass beispielsweise die Ausgaben für Energie im Juni 2022 gegenüber Juni 2018 um 51,7 % gestiegen sind. Diese Energiekostensteigerung führt nicht nur zur Wohnkostenüberbelastung, sondern – verbunden mit gestiegenen Konsumausgaben aufgrund der Inflation – zu Einschränkungen der sozialen Teilhabe.

Die LAG FW unterstützt in vielfältiger Hinsicht durch gezielte Beratungsangebote. Besonders werden Unterstützungsbedarfe bestimmter Personengruppen bei zunehmend digitalen Antragsformaten deutlich. Aktuelles Beispiel dafür ist die Unterstützung zur Beantragung der Härtefallhilfen für nicht-leitungsgebun-

dene Energie in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung.

Die Verbände der LAG FW bieten zusätzlich verschiedene, gerade auch existenzielle Unterstützungsangebote – wie in den Praxisbeispielen dokumentiert – an. Im Sinne der Daseinsvorsorge gilt es, diese Angebote auf stabile finanzielle Pfeiler zu stellen.

Die Einsparung von Energie und die damit verbundene Kostenverringerung entlastet private Haushalte wirtschaftlich. Deswegen wird die Notwendigkeit einer flächendeckenden forcierten Energieberatung gesehen, wie zum Beispiel im Stromsparcheck realisiert. Hierzu besteht das Erfordernis finanzieller Regelungen der entsprechenden Initiativen.

4. Bildung und Arbeitsmarkt

Die Notwendigkeit der Existenzabsicherung durch eigenes Einkommen wird in den Interviews deutlich. Deswegen sind Aktivitäten, die junge Menschen beim Einstieg in die Arbeitswelt unterstützen, so wichtig. Es besteht das Erfordernis, die Jugendwerkstätten auf eine neue dauerhafte Förderung auf Basis eines Landesprogramms zu stellen. Maßnahmen und Angebote zur Heranführung und Eingliederung junger Menschen und langzeitarbeitsloser Personen sind zu verstetigen und zu entbürokratisieren. Dies ist relevant, da vier von zehn arbeitslosen Menschen langzeitarbeitslos sind, wie in der HSBN 2023 dargestellt.

Darüber hinaus sind die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und länderübergreifend vergleichbare Regelungen dazu in den Blick zu nehmen, wie auch die grundsätzliche Förderung des zweiten Arbeitsmarktes.

Grundsätzlich geht es um eine massive Förderung von Bildung ab dem frühkindlichen Alter. Schul-, Ausbildungs- und Studienabschlüsse sowie eine gelungene Integration in den Arbeitsmarkt dienen dauerhaft der Armutsprävention.

Die LAG FW bietet an, Maßnahmen mit zu entwickeln und weiter Trägerschaften zu übernehmen bei Sicherstellung entsprechender Rahmenbedingungen.

5. Demografische Entwicklung, Pflege und Einsamkeit

Aufgrund der Alterung der Gesellschaft wird nicht nur die Zahl der Pflegebedürftigen nach der Bevölkerungsvorausberechnung ansteigen. Schon jetzt ist die Hälfte der Pflegebedürftigen ausschließlich durch Angehörige oder durch privat organisierte Hilfe betreut. Der Zuwachs der Beschäftigungszahlen in ambulanten Pflegediensten und Pflegeheimen fällt gegenüber dieser Entwicklung deutlich schwächer aus (HSBN-Bericht 2023).

In den Interviews wurde gerade auch die Herausforderung der pflegenden Angehörigen über die finanzielle Belastung der Energiekostensteigerung und Inflation hinaus erkennbar. Eine stetige Präsenz für die zu Pflegenden, die Vereinbarkeit mit einem Beruf und die Situation, dass häufig pflegende Angehörige selbst schon im höheren Alter sind, sind Merkmale dieser Belastung. Es wird notwendig sein, weitere Unterstützungs- und Entlastungsangebote aufzubauen und vorzuhalten.

Viele, insbesondere ältere Menschen, nicht nur im ländlichen Raum, sind zusätzlich mit der Problemlage „Einsamkeit“ konfrontiert. Handlungsfelder um dem entgegen zu wirken, sind insbesondere die Stabilisierung und Entwicklung von Treffpunkten und Anlaufstellen, wie etwa Kontaktcafés. Besonders auch in diesen Feldern hat freiwilliges Engagement und Ehrenamt eine große Bedeutung.

Die Verbände der LAG FW können erweiternde, zielgerichtete Angebote in der Beratungs- und Begegnungsstruktur in Verbindung mit der schon benannten erforderlichen Regionalplanung und auf Basis verlässlicher Finanzierungsprogramme einbringen und mit entwickeln. Für die Stärkung des Ehrenamtes ist die Umsetzung des Abschlussberichts der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ besonders relevant.

6. Leitfaden

Der nachfolgende Leitfaden kann in der Praxis verwendet werden, um mit Betroffenen und Mitarbeitenden ins Gespräch zu kommen. Seine thematischen Inhalte entsprechen dem verwendeten Leitfaden für die Interviews, sie sind allerdings nicht mit identisch.

6.1 Für Gespräche mit Betroffenen

1. LEBENSHINTERGRUND

Erzählen Sie mir bitte ein wenig zu Ihnen persönlich und, soweit Sie mögen, zu Ihrer bisherigen Lebensgeschichte.

Was ist in Ihrem Leben angenehm, erfreulich?

Wo und wie wohnen Sie zurzeit?

Woher erhalten Sie das Geld für Ihren Lebensunterhalt?

2. ERFAHRUNGEN MIT ERHÖHTEN KOSTEN FÜR ENERGIE DURCH INFLATION UND IN DER HÄUSLICHEN PFLEGE

Vor der Zeit mit erhöhten Kosten:

Welches Geld hatten Sie 2021 zur Verfügung?

Welche Ausgaben hatten Sie für Heizung und Strom?

Hatten Sie den Eindruck, mit ihrem Geld für diese Energiekosten und die Lebenshaltung zurecht gekommen zu sein?

In der aktuellen Situation:

Wofür müssen Sie nun mehr ausgeben?

Wie viel mehr ist es aktuell für Sie?

Wie kommen Sie damit zurecht?

Was haben Sie selbst getan, damit es Ihnen finanziell, beruflich und privat besser geht?

Kaufen Sie Anderes ein?

Auf was verzichten Sie?

Was hat sich in Ihrem Freizeitverhalten und in Kontakten mit anderen Menschen verändert?

Wie stellt Sie das vor besondere Herausforderungen?

Sind Schulden bei Ihnen entstanden?

Welche besonderen Kosten haben Sie und welche Zuwendungen erhalten Sie, wenn Sie pflegende*r Angehörige*r sind?

3. HILFEN

Was hat Ihnen bisher in der Situation mit den erhöhten Kosten geholfen?

Wer hat Ihnen bisher in der Situation mit den erhöhten Kosten geholfen?

Was konnten Sie selbst tun, um weniger Kosten zu haben?

Welche Werte geben Ihnen Halt, Motivation und Orientierung?

In welche Wertegemeinschaften sind Sie aktiv eingebunden?

Wie sind Ihnen Freund*innen, Ehrenamtliche oder Beratungsstellen behilflich?

Welche (zusätzlichen) Hilfen von staatlichen Stellen, Kranken- und Pflegekassen wären aus Ihrer Sicht sinnvoll?

Was sollte sich bei Ihnen beruflich und in ihrer Wohnung verbessern?

6.2 Für Gespräche mit Mitarbeiter*innen

Bei Gesprächen mit Mitarbeiter*innen müssen die vorherigen Fragen nur entsprechend umformuliert werden.

Statt: „Erzählen Sie mir bitte ein wenig zu Ihnen persönlich und, soweit Sie mögen, zu Ihrer bisherigen Lebensgeschichte.“

Nun: „Erzählen Sie mir bitte ein wenig zu einer Person / Familie konkret und, soweit Sie es können, zu deren bisheriger Lebensgeschichte.“

ZUSÄTZLICHE FRAGEN

Welche grundlegenden Lebenskompetenzen haben die betroffenen Menschen, welche fehlen?

Was sollten wir selbst in unserer Arbeit verändern?

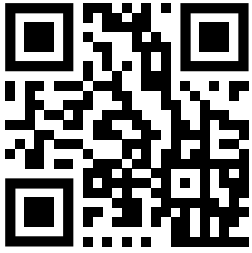
In welcher Form sensibilisieren Sie für das Thema Armut?

Welche besonderen Angebote haben Sie zum Thema Armut entwickelt?

Wie begleiten und qualifizieren Sie Freiwillige / Ehrenamtliche?

Was sollten aus Ihrer Sicht öffentliche Stellen, Wohnungseigentümer*innen und Energieversorger in ihrer Arbeit verändern?

Welche gesetzlichen Veränderungen wären sinnvoll?



www.lag-fw-nds.de

**Landesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.**

Gruppenstraße 4, 30159 Hannover

Tel.: 05 11 - 85 20 99

E-Mail: info@lag-fw-nds.de